

Gero Neugebauer

NRW: Nach der Wahl ist vor der Wahl

Das Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen erfüllte nur wenige Erwartungen, hinterließ aber schwierige Verhältnisse. Wie ist das Ergebnis zu bewerten? Welche Koalitionen haben eine realistische Chance?

Gero Neugebauer

(* 1941) ist Politikwissenschaftler und lehrt am Otto-Stammer-Zentrum der FU Berlin. 2007 erschien seine Studie *Politische Milieus in Deutschland*.

gerosofo@zedat.fu-berlin.de



Vor der Wahl im Mai hoffte Schwarz-Gelb auf die Bestätigung der Mehrheit in der Landesregierung in NRW wie im Bundestrat. Die Wähler taten ihr mehrheitlich nicht den Gefallen, sondern urteilten primär über die Leistungen der schwarz-gelben Regierung im Land, der es seit 2005 nicht gelungen war, ihren »Kurs der Erneuerung« umzusetzen, und deren als »Sozialonkel« oder »Arbeiterführer« verspotteter Ministerpräsident weder seinen Amtsbonus realisieren konnte noch mit seiner Schulpolitik Zu-

stimmung gefunden hatte. Der SPD dagegen, die nach 39 Jahren Regierungsmacht in einem korporatistischen System aus Staat, Partei, Gewerkschaften und Unternehmen nach der Wahlniederlage 2005 in eine Art Schockstarre gefallen war und sich sehr lange geweigert hatte, das anzuerkennen, begab sich mit einer neuen Vorsitzenden und einem polarisierenden Thema – der Schulpolitik – in den Wettbewerb, in dem sie durch die schlechte Performance der skandalgeplagten CDU begünstigt wurde. Sie hoffte mit den in Umfragen kontinuierlich starken Grünen trotz etlicher Differenzen, vor allem in der Energiepolitik, eine Koalition bilden zu können. Die Linke wollte in den Landtag kommen; weitere Optionen hatte sie nicht.

Nach der Wahl erfüllte das Ergebnis nur wenige Erwartungen, kreierte jedoch diffizile Verhältnisse.

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahlen in NRW seit 1985 (Parteianteile in %/Mandate)

	1985	1990	1995	2000	2005	2010	Bilanz 1985-2010
Beteiligung	75,2 %	71,8 %	64,0 %	56,7 %	63,0 %	59,3 %	-15,9
Mandate	227	239	221	231	187	181	
CDU	36,5/88	36,7/90	37,7/89	37,0/88	44,8/89	34,6/67	-1,9/-21
SPD	52,1/125	50/123	46/108	42,8/102	37,1/74	34,5/67	-18,6/-58
FDP	6/14	5,8/14	4/0	9,8/24	6,2/12	6,7/13	0,7/-1
Grüne	4,6/0	5/12	10/24	7,1/17	6,2/12	12,1/23	7,5/23
PDS	-	-	-	1,1	0,9	-	
WASG	-	-	-	-	2,2	-	
LINKE	-	-	-	-	-	5,6/11	(5,6/+11)
Sonstige	0,8	1,7	1,4	1,0	3,1	2,5	

Quelle: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/nordrhein-westfalen.htm>, 29.5.2010

Die Wahlgeschichte in NRW seit 1985 zeigt, dass

a) die Wahlbeteiligung mit Ausnahme des Wahljahrs 2005, als die SPD nicht und die CDU gut mobilisieren konnte, stetig abgenommen, 2010 aber nicht den Tiefpunkt des Jahres 2000 erreicht hat;

b) die CDU 2010 mit 34,6 % ein Ergebnis erreichte, das rund vier Punkte unter dem Durchschnitt der letzten fünf Wahlen und wenig unter ihren üblichen Ergebnissen seit 1985 liegt; der Mandatsverlust ist erheblich;

c) die SPD ihren 1990 begonnenen und bis 2005 andauernden stetigen und steilen Abstieg nicht stoppen, aber doch abbremsen konnte;

d) die FDP, die im Jahr 2000 von der furiosen Möllemann-Kampagne profitiert hatte, nun wieder auf ihr übliches Maß gestützt wurde;

e) die Bündnisgrünen, die 1995 mehr Mandate als 2010 errungen hatten, sich gegenüber der letzten Wahl erheblich verbesserten und

f) die Linke als formaler, wenn auch nicht faktischer Neuling im Wettbewerb, 2005 waren PDS und WASG als selbstständige Parteien angetreten, gleich in den Landtag einziehen konnte.

Hinsichtlich der angestrebten Wahlziele konnte jedoch faktisch nur Die Linke einen lupenreinen Erfolg bilanzieren. CDU wie FDP mussten den Verlust ihrer Mehrheit und damit das Ende ihrer Koalition beklagen. Allerdings behielt die CDU mit 0,1 % einen leichten Vorsprung vor der SPD; trotz des jämmerlichen Bildes, das der CDU-Ministerpräsident als moralischer Verlierer am Abend des Wahltages bei seiner Flucht aus der Staatskanzlei bot, ist das ein wichtiges Argument in Auseinandersetzungen über die Machtverteilung.

Die CDU, und mit ihr die FDP, verlor die Wahl auch deshalb, weil sie mit ihrer Regierungspraxis nicht die Kompetenz nachgewiesen hatte, die eine Mehrheit als erforderlich für die Lösung der Zukunfts-

probleme des Landes ansah. Ihre Schulpolitik wurde oft als bildungsfeindlich – und damit gegen den durch Bildung möglichen sozialen Aufstieg gerichtet – betrachtet. Das konnten die nicht akzeptieren, die für ihre Kinder eine bessere Zukunft auch ohne gymnasiale Bildung wünschen.

Bündnisgrüne und SPD freuten sich über das Ende der schwarz-gelben Regierungskoalition. Die SPD verpasste alle anderen Wahlziele: Sie blieb unter ihrem schlechtesten Ergebnis von 2005, wurde nicht stärkste Partei und konnte den Einzug der Linken in den Düsseldorfer Landtag nicht verhindern. Bereits ein Zehntel weniger Wechsler von der SPD zur Linken hätte der SPD Platz 1 gesichert. Zudem reichte das Ergebnis nicht für eine Koalition mit den Grünen, denn der einen oder der anderen Partei fehlte ein Sitz für ihre Wunschkoalition. Der fehlte auch der CDU für eine Koalition mit den Grünen.

Immerhin verbesserte die SPD ihr Image und ihre Akzeptanz. Der Gewinn an Kompetenz in wichtigen Politikfeldern (Sozialpolitik, Bildung, Zukunft) half ihr, ihre Verluste zu reduzieren, nicht jedoch sie auszugleichen. Ihre gesellschaftliche Verankerung ist 2010 erneut schwächer geworden.

Die gesellschaftliche Verankerung der SPD

Die Verluste bei den gewerkschaftlich organisierten Angestellten – acht Punkte (48 %) gegenüber 2005 – sind ein Indikator für eine gewachsene Distanz. Die Bilanz kann nur bei den Beamten als ausgeglichen betrachtet werden; bei den Selbstständigen ist die SPD wieder auf dem Niveau des Jahres 2000 gelandet. Rentner und Arbeitslose blieben ihr auf dem Stand des Jahres 2005 erhalten. Verloren hat sie nicht nur an die Konkurrenten aus dem linken Lager: 160.000 an die Grünen und 80.000 an Die Linke; 2005 hatte sie 50.000 Stimmen an

Tabelle 2: Wahlentscheidung in sozialen Gruppen für die SPD 2000 bis 2010 (in %)

	2000	2005	2010	2000-2010
Wahlergebnis	42,8	37,1	34,5	- 8,3 PP
Erwerbsstatus				
Berufstätig	43	35	32	- 11,0 PP
Rentner	46	40	40	- 6,0 PP
Arbeitslose	47	36	37	- 10,0 PP
Berufsgruppen				
Arbeiter	56	45	44	- 12,0 PP
Angestellte	45	38	34	- 11,0 PP
Beamte	33	31	32	- 1,0 PP
Selbstständige	18	23	18	0,0 PP
Gewerkschaft-Mitglieder	61	54	50	- 11,0 PP

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in NRW, Bericht Nr. 102, Mai 2000, Bericht Nr. 121, Mai 2005, Bericht Nr. 141, Mai 2010.

die WASG verloren. Gewinne (140.000) von der CDU (Verlust an die CDU 2005: 290.000 Stimmen) und der FDP (10.000) glichen diese und weitere Verluste nicht aus. Zusammen mit denen durch mangelhafte Mobilisierung (-130.000) und in der Folge des Generationenwechsels (-120.000) führte das dazu, dass die SPD hinter ihrem Ergebnis von 2005 zurückgeblieben ist (Vgl. WBH, Landtagswahl Nordrhein-Westfalen 9. Mai 2010 Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des Infratest-dimap-Berichts für die SPD, Mai 2010).

Der Lösung ihrer strukturellen Probleme, dazu zählen die Integration und Repräsentation relevanter gesellschaftlicher Gruppen und deren Interessen, ist sie nicht näher gekommen. Der Entwurf für eine insbesondere am Wert der sozialen Gerechtigkeit orientierten mobilisierungsfähigen Politik lässt auf sich warten; Fairness, anders als Gerechtigkeit ist dieser Begriff weder verfassungsrechtlich – sozialer Rechtsstaat – noch institutionell – Mitbestimmung – abgesichert, bietet keine gesamtgesellschaftliche Orientierung.

Koalitionsoptionen

Die Ergebnisse in NRW ließen rechnerisch Minimal koalitionen wie übergroße Koali-

tionen zu. Da Minderheitskoalitionen sehr selten und wegen der Tolerierung unbeliebt sind, bot sich an, dass entweder die CDU oder die SPD mit zwei kleineren Parteien eine Regierung bilden würde. Politisch lässt sich jedoch nicht jede rechnerisch mögliche Koalition umsetzen. So schließen CDU und FDP – noch – eine Koalition mit der Linken aus. Die tut das umgekehrt auch; in NRW befand sie sich damit in der Gesellschaft der Bündnisgrünen. Ideologische und programmatische Barrieren sowie erhebliche persönliche Animositäten zwischen FDP und Grünen verboten Jamaika und verhinderten die Ampel. SPD wie Grüne konnten sich – nicht nur theoretisch – ein Bündnis mit der Linken vorstellen; darin folgten ihnen manche in der Linken. Doch die Vorgespräche von SPD und Bündnisgrünen mit der Linken haben gezeigt, dass die rechnerische Mehrheit keine politische Grundlage hatte. Zwar waren Wahlaussagen zu bestimmten Politikfeldern durchaus kompatibel, aber nicht die Meinungen zur DDR. So ersparte sich die SPD in NRW eine innerparteiliche Auseinandersetzung; sie wie die Gesamtpartei wird sie führen müssen. Und die intensive Kommunikation zwischen SPD-Führung und Partei erinnerte erstere permanent an die massive Abneigung gegen eine Große Koalition; das wäre als Unterwerfung unter den moralischen Verlierer empfunden worden.

Das Hin und Her in der FDP über Koalitionsoptionen illustrierte, dass Wahlprogramme als inhaltliche Grundlage für Koalitionsgespräche gegenüber höherrangigen politischen Interessen zweitrangig werden können. Zugleich wurden Aussagen relativiert, über Koalitionen auf Landesebene würden die Landesverbände entscheiden. Zwar bestätigen oder verwerfen die dortigen Gremien die Verhandlungsergebnisse. Doch Landesverbände müssen mannigfaltige Interessen der Bundesparteien respektieren; Bundestreue ist auch ein parteipolitisches Problem. Zum einen sind Koalitionen vor dem Hintergrund realer und fiktiver Optionen in einem Fünf-Parteien-System relevant für Kampagnestrategien im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl, zum anderen bieten sie Chancen für bundespolitische Intervention. Schwarz-Grün in Düsseldorf hätte für strategische Orientierungen ebenso Bedeutung gehabt

wie eine rot-grün-rote Koalition. Die wäre für die Union und interessierte Medien Grund für eine politische Kampagne gegen die SPD in Hinsicht auf die Bundestagswahl 2013 gewesen. Eine Koalition aus CDU und SPD hätte dieses Problem nur verschoben, denn die Optionen bleiben auf dem Tisch. Die Ampel hätte den Willen zur Überwindung ideologischer Barrieren demonstriert und der SPD im Bündnis mit den Grünen den Weg zurück an die Macht gewiesen.

Nun bleibt als Beitrag zur Entwicklung der parlamentarischen politischen Kultur eine Minderheitsregierung, die sich von Fall zu Fall eine Mehrheit – eine Stimme reicht – sucht. Die SPD im Land, sie hat nach der Wahl diese Alternative vor der Wahl, sie zögerte, die im Bund drängte und will politisch relevanter werden. Ist sie wirklich schon so weit, wie sie sich angesichts der Schwäche des Gegners wähnt?

Gespräch mit Gustav A. Horn

»Ich präferiere einen Europäischen Währungsfonds«

Gustav A. Horn leitet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Die Fragen stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Nach der Finanzmarktkrise 2008 wurde eine Reihe von Versprechungen gemacht, nun die Finanzmärkte effektiv zu regulieren. Wie viel ist davon bis heute realisiert?

Gustav A. Horn: Ganz wenig. Erst in diesen Tagen passieren einige Dinge, die eigentlich schon längst hätten passieren sollen: Der amerikanische Kongress hat ein umfassendes Reformpaket zumindest in der vorletzten Stufe beschlossen. Auch das Europaparlament hat einige Dinge wie eine erhöhte Eigenkapitalhinterlegung bei risikanten Geschäften erst jetzt beschlossen, so dass wir im Verhalten auf den Finanz-

märkten bisher noch keine fundamentalen Veränderungen sehen können.

NG/FH: Was muss jetzt dringend getan werden, um die Finanzmärkte halbwegs in den Griff zu bekommen?

Horn: Was man sicherlich am schnellsten machen kann, ist, bestimmte Dinge einfach zu verbieten. Z.B. ist das Verbot von Leerverkäufen bei Kreditausfallversicherungen ein solcher wichtiger Schritt, der allerdings bisher nur von Deutschland angeordnet wurde. Des Weiteren sollte man die Eigenkapitalanforderung je nach Risiko einer bestimmten Anlage möglichst schnell